

Dossier

Laïcité und islamische Herausforderung

Wie Frankreich es mit den Religionen hält

MEDARD RITZENHOFEN*

„Tout commence en mystique,
tout finit en politique.“ (Charles Péguy)
„La République est laïque,
la France est chrétienne.“ (Charles de Gaulle)

Das Staraufgebot konnte sich sehen lassen: Gérard Depardieu, Philippe Torreton, Line Renaud, Jean-Claude Brialy und vor allem eine brillante Jeanne Moreau machten die flamboyante Verfilmung der mittelalterlichen Saga „Les Rois maudits“, ausgestrahlt an fünf Abenden im November auf „France 2“, zum Fernsehereignis. Der Titel der gleichnamigen Romanvorlage von Maurice Druon spricht für sich: Verflucht wurden Frankreichs Könige vom Großmeister der Templer Jacques de Molay, den Philippe IV. le Bel am 19. März 1314 nach sieben Jahren Folterhaft auf dem Scheiterhaufen verbrennen ließ. Die damit einhergehende Zerschlagung des früheren Kreuzritterordens befahl der König, dessen Großvater Ludwig IV. zum letzten Kreuzzug ins Heilige Land aufgebrochen war. Vor allem deshalb wurde dieser „rex christianissimus“ wenige Jahrzehnte nach seinem Tod heiliggesprochen. Sein Enkel Philippe IV. war der erste Kapetinger, der sich an der Schwelle zum 14. Jahrhundert auf ein Kräftemessen mit dem römischen Pontifex einließ, um den papalis-

tischen Anspruch der geistlichen Suprematie über die weltliche Herrschaft zurückzuweisen. „Le premier choc des deux pouvoirs“ (Jean Favier) hatte zur Folge, dass Roms „plenitudo potestatis“ infrage gestellt wurde. Der Wunsch nach nationaler Autonomie brachte den Lilienthron in Stellung gegen den theokratischen Absolutismus des Heiligen Stuhls. – Die religionspolitische Vorreiterrolle, die Frankreich im Laufe seiner Geschichte immer wieder spielte, ist nicht von der Hand zu weisen.

Wie für fast alle Politikfelder und Lebenswelten markiert die Revolution von 1789 auch für die französische Kirchenpolitik die entscheidende Wegmarke zur Moderne. Der amerikanische Historiker Dale K. van Kley hat in seinem instruktiven Buch „The Religious Origins of the French Revolution“ (1996) den Sturz des Ancien Régime aus dem Scheitern einer französischen Reformation und der Unterdrückung aller religiösen Reformbewegungen erklärt. Auf jeden Fall bezahlte der mächtige „Clergé de France“ die enge Allianz von Thron und Altar mit einem beispiellosen antiklerikalen Furor, der sich in wandalischen Exzessen gegen Kirchen und Klöster sowie dem ostentativen Neuheidentum der radikalen Jakobiner austobte. Am 12. Juli

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

1790 beschloss die Nationalversammlung „la constitution civile du clergé“. Die Geistlichkeit hatte den Treueeid auf die Verfassung der Republik abzulegen, was von annähernd der Hälfte des Klerus abgelehnt wurde. Revolution und Katholizismus erschienen unvereinbar. „Ici, pour la premier fois, la France se casse.“ (Michel Vovelle) Die absolutistische Trias von Religion, Recht und Regent hob die Verfassung 1791 zugunsten des Gesetzes auf: „Il n'y a point en France d'autorité supérieure à celle de la Loi.“ Der Bruch zwischen Regierung und Religion war vollzogen, die Trennung von Staat und Kirche programmiert. Mit der Zivilverfassung des Klerus hob „la guerre des deux France“ an, die die Nation über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg spalten würde.

Auf dem Weg zur Loi de 1905: liberale Laizität

Das Wiedererstarken des „catholicisme français“ unter der Restauration (1815–1830), dem Bürgerkönigtum Louis Philippes (1830–1848) und dem Zweiten Kaiserreich (1852–1870) forcierte gleichzeitig das antiklerikale Erbe der Revolution in der republikanischen Opposition. Als sich die Demokratie mit der III. Republik (1870–1940) dauerhaft etablierte, rückte die Rolle der Kirche im Staat ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. „Le cléricalisme, voilà l'ennemi“ pointierte Léon Gambetta in einer hitzigen Debatte am 4. Mai 1877 das Credo der Republikaner. Um diesen Feind zu entmachten, musste dessen Einfluss auf die Erziehung zurückgedrängt werden. Jules Ferry, dessen erklärtes Ziel „l'humanité sans Dieu et sans roi“ war, gab in den 1880er Jahren dem Erziehungssystem seine republikanische Grundlage („l'enseignement obligatoire, gratuit, laïque“). Diese ist bis heute verbindlich. Den Kongregationen, allen voran den Jesuiten, wurde die Lehrbefugnis entzogen. Die Kirche wurde aus der obersten Schulbehörde ausgeschlos-

sen, katholische Universitäten verloren ihre Gleichstellung mit den staatlichen, der Religionsunterricht verschwand aus den Lehrplänen. Konfessionelle Schulen wurden toleriert, mussten aber ohne staatliche Finanzhilfe auskommen. Hatte bereits die Laizierung des Unterrichts die religionspolitischen Wellen hochschlagen lassen, so entfesselte die Dreyfus-Affäre (1894–1906) einen Sturm ideologischer Leidenschaften. Die reaktionären Positionen der Kirche erwiesen sich als unvereinbar mit dem Fortschrittsethos einer Republik, deren normative Quellen Rationalismus und Positivismus sowie die Bürger- und Menschenrechte waren. Der Antagonismus der „letzten Bastion der alten Ordnung“ und der liberalen Republik ließ keine Kompromisse mehr zu. Als Lösung des hartnäckig geführten Kulturkampfes blieb nur die offizielle Trennung von Staat und Kirche. Diese erlangte mit der „Loi concernant la séparation des Églises et de l'Etat“, für die das Parlament nach einer bewegenden Debatte mit 341 gegen 233 Stimmen votierte, am 9. Dezember 1905 Gesetzeskraft.

Aristide Briand, unter dessen Federführung das Trennungsgesetz formuliert worden war, hat mehrfach dessen „esprit le plus libéral“ hervorgehoben. In dieser Einschätzung wird „le ferme conciliateur“ (so der Untertitel einer jüngst erschienenen Briand-Biographie) heute von allen Interpreten bestätigt. Denn dass sich die Republik nicht einmal eine anti-religiöse Haltung vorwerfen lassen musste, belegt der Artikel 1 des Gesetzes, der vor allen anderen die Gewissensfreiheit sowie die freie Religionsausübung garantiert: „La République assure la liberté de conscience. Elle garantit le libre exercice des cultes.“

Stärker im allgemeinen Bewusstsein hat sich freilich der zweite Artikel eingepträgt: „La République ne reconnaît, ne salarie ni ne subventionne aucun culte.“ Damit verloren die Kirchen jeglichen Rückhalt im Staat, was sich vor allem in finanzieller Hinsicht niederschlug. Da jegliche staatliche Besteuerung

oder Entlohnung wegfiel, blieb den französischen Kirchen nur ihre Spendenaufkommen. Im Gesetz von 1905 taucht der Begriff der Laizität noch gar nicht auf. Die IV. Republik schrieb sie 1946 in ihrer Verfassung fest, worin ihr die V. Republik in Artikel 2 folgte: „La France est une République laïque ...“

Die konstitutionelle Laizität – „Notre laïcité publique“, wie Émile Poulat in seinem gleichnamigen Standardwerk schreibt, – ist Teil einer republikanischen „volonté nationale“ geworden. Indem die anfangs ideologisch aufgeladene Konfrontation zwischen Katholizismus und Republik sukzessive der Bereitschaft zum Dialog wich, mithin der dogmatische Laizismus sich zu einer religionsaufgeschlossenen Laizität entwickelte, machten die Kirchen nicht nur ihren Frieden mit dem Trennungsgesetz, sondern lernten auch die sich aus ihm ergebende Unabhängigkeit zu schätzen. Dies umso mehr, als der französische Staat in finanziellen Fragen keineswegs päpstlicher als der Papst ist. So wurden von Anfang an Unterhaltung und Restaurierung der Kathedralen und Kirchen im Rahmen der Denkmalpflege von der öffentlichen Hand gewährleistet.

Auch später erwies sich selbst der prinzipienfeste „l'État éducateur“ als großzügig. So bewahrte zu Beginn der V. Republik die „Loi Debré“ den katholischen Unterricht vor dem drohenden Bankrott, indem die Privatschulen in die finanzielle Grundversorgung des Staates einbezogen wurden. Angesichts solchen Entgegenkommens bot sich noch 1978 für die Beziehungen zwischen Kirche und Staat ein Buchtitel wie „Concorde sans concordat“ (Robert Lecourt) an. Wenige Jahre danach war es mit der Eintracht vorbei. Als sich die 1981 an die Macht gekommenen Sozialisten mit der Idee trugen, die staatliche Finanzierung des katholischen Unterrichts zugunsten eines einheitlichen laizistischen Dienstleistungsbetriebs einzustellen, wurde das von den Anhängern der Privatschulen als „Kriegserklärung“ aufgefasst. Eine Massen-

demonstration, die am 24. Juni 1984 1,5 Million aufgebrachte Eltern, Lehrer und Schüler für den Erhalt des privaten Unterrichts mobilisierte, zwang die linke Regierung, ihr Projekt sang- und klanglos fallenzulassen. Umgekehrt setzte sich 1993 der liberal-konservative Bildungsminister François Bayrou nicht damit durch, lokale Gebietskörperschaften stärker an der finanziellen Unterhaltung der Privatschulen zu beteiligen. Seitdem blieben finanzpolitische Vorstöße gegen den von Staat und Kirche akzeptierten Schulfrieden aus, mit dem der Katholizismus umso besser leben kann, als heute rund 20 Prozent des französischen Nachwuchses seine Privatschulen besuchen.

Islamische Herausforderung

So lässt Frankreichs katholische Kirche, die vom Trennungsgesetz 1905 bis ins Mark getroffen wurde, heute nichts mehr auf das laizistische Modell kommen. Die jüdische Religionsgemeinschaft (etwa 700 000 Mitglieder), der die Nation bereits 1792 die Citoyenneté gewährte, identifiziert sich von jeher mit dem republikanischen Laizismus. Nicht ganz so eindeutig ist die Zustimmung bei den rund 900 000 in Frankreich lebenden Protestanten. Von ihrer Geschichte her zählt auch diese religiöse Minderheit seit jeher zu den bewährten Stützen der Republik. Doch fühlen sich die Protestanten gegenüber den privilegierten Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche benachteiligt. Da die dynamischen Teilkirchen der Evangelikalen und Pentecotisten bei der Eröffnung ihrer Kulturzentren häufig auf kommunalen Widerstand stoßen, fordern sie „Anpassungen“ des Trennungsgesetzes im Sinne ihrer Anliegen.

Die eigentliche Herausforderung für die Laizität kommt heute von einer Religion, die der Gesetzgeber 1905 noch ignorierte, so verschwindend klein war ihre Anhängerschaft. Seit den 1970er Jahren ist jedoch der Islam in Frankreich zur zweitstärksten Religion ange-

wachsen. Wobei sich schon bei der Quantifizierung Schwierigkeiten ergeben. Da die Laizität offizielle statistische Erhebungen nach Religionszugehörigkeit nicht duldet, schwanken die Schätzungen der in Frankreich lebenden Muslime zwischen 3,5 und 6 Millionen. Als sicher gilt, dass Frankreich das EU-Land mit dem stärksten muslimischen Bevölkerungsanteil ist. Da der Islam mit seinem traditionsgebundenen integrierten Welt- und Gottesverständnis auch die Religion ist, die sich mit einer auf das Privatleben beschränkten Glaubenspraxis am schwersten tut, sind Konflikte programmiert.

Symbolische Kopftuchdebatte, Islam à la française

Zur vielbeachteten Kraftprobe mit der Republik kam es in einer auf den ersten Blick eher marginal scheinenden Frage der Kleiderordnung. Dennoch hielt die Debatte, ob muslimische Mädchen dem Unterricht in öffentlichen Schulen mit ihrem Kopftuch folgen dürfen, nicht nur die Nation über Monate in Atem, sondern beschäftigte auch die höchsten Instanzen. (Vgl. hierzu DOKUMENTE 1/2004, S. 76–81) Nachdem eine hochrangige Kommission in einer weitsichtigen Expertise und Präsident Jacques Chirac in einer gravitärischen Rede dem Schleier in der Schule eine Absage erteilt hatten, fiel das Votum in der Nationalversammlung eindeutig aus: 494 von 561 Abgeordneten stimmten für „la loi sur la laïcité“, das an allen öffentlichen Schulen und Gymnasien Symbole und Kleidungsstücke verbietet, „die offenkundig die religiöse Zugehörigkeit der Schüler erkennen lassen“.

Dass das Schicksal der Republik nicht am seidenen Schleier hing, belegt das unspektakuläre Auslaufen der „Affaire du foulard“. Dem gesetzlichen Verbot des Kopftuches an öffentlichen Schulen, das die Nation vor seinem Erlass ein wahres „Psychodrama“ („Le Monde“) durchleben ließ, wird heute ohne

nennenswerten Widerstand Folge geleistet. „La laïcité a gagné“, verkündete schon nach der letztjährigen Rentrée scolaire der damalige Erziehungsminister François Fillon. Sein derzeitiger Nachfolger Gilles de Robien beurteilt die Anwendung des Kopftuchverbots „positiv“. Trotzdem ist der Republik zum 100. Jubiläum der gesetzlich verankerten Laizität nicht nach Feiern zumute. So gerne Frankreich seiner historischen Sternstunden im großen Stil gedenkt, um das Centenaire der Trennung von Kirche und Staat wird wenig Aufhebungs gemacht. Jacques Chirac soll sogar ausdrücklich um Zurückhaltung gebeten haben.

Zum einen will man die rasche Ruhe, die um das Kopftuch eingetreten ist, nicht durch stolze Fanfarenstöße auf den Ruhm der Republik stören. Zum anderen besteht nicht einmal in der derzeitigen Regierung Einvernehmen über „l'un des piliers de notre pacte républicain“ (Dominique de Villepin). Seit mehr als einem Jahr hält Nicolas Sarkozy die Laizität im Gespräch, indem er sie in den Dienst einer effektiveren Integrationspolitik stellen will. Der Innenminister wirbt für einen „Islam à la française“. Wenn überhaupt ist ein solcher aber nicht ohne aktive Hilfe der Politik zu erreichen. Unter dem umbtriebigsten Innenminister, den Frankreich je hatte, wurde bereits 2003 mit dem „Conseil français du culte musulman“ (CFCM) ein Repräsentativorgan des in viele Gruppierungen fragmentierten Islams geschaffen, das der Regierung als offizieller Ansprechpartner dient. Überzeugte Laizisten warfen Sarkozy vor, einen islamischen Episkopat aus der Taufe gehoben zu haben. Der offiziell auch für „les cultes“ verantwortliche Minister aber will da nicht stehen bleiben. Er plädiert für eine offizielle Ausbildung der Imame in Frankreich, um die Glaubenswächter dem Einfluss zweifelhafter arabischer Regime zu entziehen. Dass die Prediger Allahs ihr Handwerk mit dem Segen der Republik und nach deren Prüfungsnormen erlernen, strapaziert den Glauben an die

Trennung von Kirche und Staat in besonderer Weise.

Nicolas Sarkozy, der gern aufs Ganze geht, setzt sich deshalb für eine etwas sanitär klingende „toilette de la loi de 1905“ ein und hat eine „commission de réflexion juridique sur les relations des cultes avec les pouvoirs publics“ angekündigt. Damit stößt er allerdings auf ein kategorisches Non seitens Chirac und de Villepin. Die exekutive Doppelspitze will unter keinen Umständen an der fragilen Balance der Laizität rühren, fürchtet sie doch damit, eine Büchse der Pandora zu öffnen: Alte mühsam austarierte Interessengegensätze zwischen Staat und Kirchen wären neu zu verhandeln. Unterstützung erhielten Chirac und de Villepin von unerwarteter Seite. Dailil Boubakeur, der Rektor der Moschee von Paris und Präsident des CFCM, erklärte in einem Communiqué am 24. Oktober „son profond attachement à la loi du 9 décembre 1905, dite loi de séparation des Églises et de l'État, qui est l'un des fondements de la République française“. Frontaler konnte der oberste französische Muslim dem für die Integration des Islam streitenden Innenminister Sarkozy nicht in die Parade fahren.

Komplizierter Mythos

Einmal mehr bestätigt sich so ein Wort des früheren Kardinals von Paris, Jean-Marie Lustiger: „La laïcité est quelque chose de tellement compliqué que personne ne le comprend à l'extérieur“. Einerseits zählt die Laizität zu den emblematischen Mythen der französischen Geschichte. Mit ihr wurde 1905 gewissermaßen eine Seite im Buch der Menschheit umgeschlagen, vom katholischen Monopol auf Wahrheit zu einem Pluralismus der Überzeugungen. Andererseits ist die Trennung von Kirche und Staat, wie ihre eigene Geschichte belegt, weder ein unwandelbares Prinzip noch der unüberschreitbare Horizont der Republik. So leicht das laizistische Cre-

do französischen Politikern von den Lippen geht, so schwer tun sich selbst Fachleute mit einer unfehlbaren Definition der Laizität. Nicht nur erfuhr das Trennungsgesetz von 1905 in seiner 100-jährigen Geschichte neun Änderungen, zu ihm nimmt auch ein disparates Ensemble von Gesetzen Stellung. „L'esprit de laïcité, c'est un peu la quadrature de cercle, qui ne comporte pas de solution parfaite.“ (Émile Poulat). Die eigentliche Krux der Laizität besteht darin, dass sich Kirche und Staat trennen lassen, nicht aber Religion und Politik, Gesellschaft und Glaube.

Dass es zwischen der Republik und dem Katholizismus kaum noch Konflikte gibt, hängt nicht zuletzt mit der Kraftlosigkeit der ersten Religion Frankreichs zusammen. Schon Chateaubriand beklagte „un monde sorti de Dieu“, ohne ahnen zu können, wie sehr „le vieux pays chrétien“ seine spirituellen Wurzeln im 20. Jahrhundert verkümmern lassen würde. Wenn der schlagzeilenträchtige „retour du religieux“ heute an vielen Schauplätzen von sich reden macht, so kommt er der „fille aînée de l'Église“ kaum zugute. Ganz anders präsentiert sich die jüngste Religion Frankreichs. Der dynamische Islam mit seinen nach wie vor bindenden Ge- und Verboten führt selbst in seiner zivilen Praxis – von der militanten gar nicht zu reden – zu Reibungsflächen mit der Republik.

Léon Gambetta bewies Weitsicht und täuschte sich doch, als er 1875 seinem Wunsch Ausdruck verlieh, „que la France soit la nation laïque par excellence“. Denn wie kein anderes Land hat Frankreich die Trennung von Kirchen und Staat institutionalisiert, ohne damit für alle Bürger den religionspolitischen Himmel auf Erden zu garantieren. So muss sich „une certaine idée de la laïcité“ immer wieder neu erfinden. Denn solange Menschen in Frankreich ihren Glauben mit Nachdruck leben, bleibt auch der republikanische Mythos der Laizität im Kreuzfeuer der politischen Dogmen und Debatten.